

Härtere Gangart gegenüber Amerika gefordert

Die Römerberggespräche hochaktuell: Wie ist auf die Datensammelwut jenseits des Atlantiks zu reagieren?

rieb. Frankfurt. Die Römerberggespräche haben viele Unterstützer: die Stadt Frankfurt etwa und das hessische Wissenschaftsministerium. Nun ist ein neuer Freund hinzugetreten: die amerikanische Regierung in Gestalt ihres Geheimdienstes NSA. Der mutmaßliche Lauschangriff auf Kanzlerin Merksls Mobiltelefon hat das diesjährige Thema der von Alf Mentzer moderierten traditionsreichen Diskussionsrunde brandaktuell gemacht. Es lautete: „Wer hat Angst vor Uncle Sam? Die transatlantische Entfremdung.“ (Siehe auch Seite 32.)

Mit Peter Schaar, dem Datenschutzbeauftragten der Bundesregierung, hatten die Veranstalter zufällig auch noch den Mann eingeladen, von dem man sich nicht nur ein klares Wort zu dieser Affäre, sondern auch fundierte Hintergrundinformationen erhoffen durfte. Der Chagall-Saal im Schauspiel Frankfurt war denn auch beim Auftritt Schaars nach der Mittagspause bis auf den letzten Platz besetzt. „Wie kann man den Leviathan davon überzeugen, sich zivilisiert zu verhalten?“, fragte Schaar. Moralische Appelle seien wenig aussichtsreich, glaubt Deutschlands oberster Datenschützer. Dagegen könnten die Vereinigten Staaten durchaus über ihr weltweites Sammeln von Kommunikationsdaten nachdenken, wenn das Land wirtschaftliche Konsequenzen fürchten müsse. An dem geplanten Freihandelsabkommen mit Europa etwa hingen auch für Amerika viele Hunderttausende von Jobs, sagte Schaar. Er plädierte nicht für einen Verzicht auf dieses Abkommen, kann sich aber durchaus eine Art Moratorium vorstellen: Eine Unterschrift der Europäer gibt es erst, wenn die Vereinigten Staaten die Rechtsprinzipien der Europäer achteten. „Europa muss mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen“, verlangte Schaar.

Darüber hinaus riet er den europäischen Regierungschefs dringend, die vom Parlament gutgeheißene EU-Datenschutz-Reform noch vor den Europawahlen zu verabschieden. Von den vorgesehenen Regelungen, die bei Verstößen hohe Strafgeelder vorsähen, ließen sich auch die amerikanischen Freunde beeindrucken, ist sich Schaar sicher.

Merksls Mann für den Datenschutz hofft im Übrigen darauf, dass die Amerikaner das Sammeln von Daten wieder auf ein vernünftiges Maß zurechtstutzen. Schließlich sei der Datenschutz in Amerika erfunden worden, und es gebe mittlerweile auch dort unter Bürgerrechtlern und in der Politik starke Kräfte, welche das Ausspionieren der Telekommunikation begrenzen wollten.

Natürlich habe Kanzlerin Merkel recht, wenn sie sage: „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht“, sagte in einem Vortrag der Historiker Dan Diner. Dieser Satz könne ein Zitat der Zeit werden. Doch warnte Diner Deutschland und die Europäer davor, den Datenschutz zu einer Art Unabhängigkeitserklärung gegenüber Amerika zu machen. Es gebe dringlichere Probleme, zum Beispiel die Spaltung Europas in Nord und Süd oder das sich verschlechternde Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Nur wenn Europa und Amerika miteinander eng verbunden blieben, könnten diese Herausforderungen gemeistert werden: „Europa muss Amerika neu lernen, und Amerika muss Europa neu entdecken.“

Amerika ist anders, lautete die Quintessenz der brillanten Darlegungen des Freiburger Völkerrechtlers Ulrich Haltern. Für die Amerikaner stelle ihre Verfassung ein mit dem Blut der Revolutionäre getaufte unsterbliche Volkskörper dar, der sich aus den Bürgern zusammensetze. Die Vorstellung eines Volkskörpers sei in Deutschland wegen des Missbrauchs dieses Schlagworts im Nationalsozialismus obsolet. Der erste Satz von Präsident Obama nach seiner Amtseinführung habe denn auch gelautet: „Wir als amerikanische Familie werden gemeinsam steigen oder fallen.“ Die Deutschen und die Europäer gehörten nicht zu dieser Familie. „Wir sind Kumpels, maximal“, sagte Haltern. Das gelte auch für Obama.